

***Es gilt das gesprochene Wort –
Sendesperrfrist: Redebeginn!***

Mit Mut und Zuversicht aus der Krise

Rede von

***Arbeitgeberpräsident
Dr. Dieter Hundt***

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

bda@arbeitgeber.de
www.arbeitgeber.de

T +49 30 2033-1800
F +49 30 2033-1805

Es geht wieder aufwärts in unserem Land!

Das ist eine gute Nachricht ein Jahr nach dem Ausbruch der Finanzkrise.

Aber haben wir wirklich den tiefsten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik bereits überwunden?

Was muss jetzt geschehen, damit wir einen selbsttragenden Aufschwung schaffen?

Was müssen wir jetzt tun, um die Wiederholung einer Finanzkrise unmöglich zu machen?

Welche Weichen müssen wir jetzt stellen, damit wir unsere Sozialsysteme nachhaltig und zukunftsfähig machen?

Wie können wir den Staatshaushalt sanieren und gleichzeitig mehr in die Zukunft investieren?

Wir alle spüren die Ungewissheit und die Risiken, ob und wie wir diese Herausforderungen bewältigen. Dennoch haben wir Grund, mit Mut und Zuversicht in die Zukunft zu blicken:

Wer hätte Anfang des Jahres gedacht, dass wir heute zumindest wieder Licht am Ende des Tunnels sehen? Die Konjunkturprognosen werden langsam, aber stetig nach oben korrigiert. Wir haben zumindest gesamtwirtschaftlich die Talsohle verlassen. Und der Arbeitsmarkt erweist sich entgegen allen Horrorszenarien als robust.

Die Unternehmen haben trotz einer dramatischen Krise alles getan, um Beschäftigung soweit wie möglich zu halten.

Dazu hat vieles beigetragen:

- die verbesserten Möglichkeiten der Kurzarbeit,
- moderne Tarifverträge und flexible Betriebsvereinbarungen.

Aber es ist vor allem die Entschlossenheit vieler Betriebe, auch in den Krisenbranchen, jetzt alle Anstrengungen zu unternehmen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, Strukturen

anzupassen – und gleichzeitig Beschäftigung zu sichern, damit wir nach der Krise die Chancen des Marktes nutzen können.

Es ist wahr, dass sich im nächsten Jahr die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht so halten kann, wie das derzeit noch der Fall ist.

Aber ich widerspreche erneut allen Horrorszenarien:

Anfang des Jahres haben uns alle Experten,

- alle Wirtschaftsforschungsinstitute,

- die Bundesagentur für Arbeit

und viele andere vorgerechnet, dass es am Ende dieses Jahres vier Millionen Arbeitslose geben werde.

Ich habe dem von Anfang an widersprochen, weil ich gespürt habe, wie entschlossen unsere Unternehmen sind, trotz Krise alles zu tun, um Beschäftigung zu sichern.

Nach meiner Einschätzung gibt es aber ein großes Risiko in den nächsten Monaten für unsere Unternehmen und damit auch für den Arbeitsmarkt. Diesem Risiko müssen wir ins Auge sehen und gegensteuern:

Die wirtschaftspolitische Aufgabe Nummer 1 ist in den nächsten Monaten die Sicherung der Unternehmensfinanzierung.

Wenn wir es schaffen, dass sich die Kreditsituation für unsere Unternehmen verbessert und nicht verschlechtert, dann bin ich absolut zuversichtlich, dass wir wieder nachhaltiges Wachstum erreichen und schneller und stärker aus der Krise herauskommen, als viele meinen.

Im Ausland beneidet man Deutschland, wie wir heute dastehen. Wir haben offensichtlich vieles besser gemacht als andere Länder. Mancher spricht sogar von einem deutschen Arbeitsmarktwunder.

Ja, ich glaube, wir haben in den letzten zwölf Monaten vieles richtig gemacht. Das Krisenmanage-

ment der Politik war richtig, und vor allem die Anstrengungen in den Unternehmen waren insgesamt betrachtet erfolgreich.

Aber ich sehe die Gefahr einer breiten Kreditklemme für große Teile der deutschen Wirtschaft. Bereits jetzt haben sich die Finanzierungsprobleme für sehr viele Unternehmen dramatisch verschärft.

Mir wird bei dieser Debatte zu viel verharmlost und zu wenig realistisch die Situation gesehen, in die wir hineinlaufen.

1. Die Banken werden alle weiteren Wertberichtigungsbedarf haben.
2. Die Bankbilanzen sind vielfach immer noch mit Altlasten und Hochrisikopapieren belastet.
3. Die Banken müssen bestehende Unternehmenskredite mit mehr Eigenkapital unterlegen, weil sich die Ratings vieler Unternehmen krisenbedingt verschlechtern.
4. Die Auslandsbanken ziehen sich weitgehend aus dem Kreditgeschäft zurück.
5. Gleichzeitig müssen sich die Banken auf verschärfte Eigenkapitalbedingungen einstellen.

Und 6.: Der Kreditbedarf der Unternehmen wird bei anziehender wirtschaftlicher Entwicklung wachsen.

Deshalb:

Wir brauchen jetzt weitere staatliche Maßnahmen, um die Banken in die Lage zu versetzen, dass sie den Unternehmen hinreichende Mittel zur Finanzierung zur Verfügung stellen können. Das Problem ist nicht, dass die Banken nicht genügend liquide Mittel vor allem im Kurzfristbereich haben.

Das Problem ist, dass für mittel- und längerfristige Finanzierungen die Eigenkapitalunterlegung der Banken gerade jetzt zu wenig Spielraum lässt, und deshalb müssen hier weitere Unterstützungsmaßnahmen ansetzen.

Dazu gehört vor allem, wieder einen Verbriefungsmarkt in Gang zu setzen, damit die Banken neue Möglichkeiten zur Kreditvergabe gewinnen.

Natürlich sind Verbriefungen in der Vergangenheit missbraucht worden. Aber reguliert, transparent und beaufsichtigt ist der Verbriefungsmarkt unverzichtbar.

Die deutsche Wirtschaft hat die internationale Finanzkrise wahrlich nicht verursacht.

Trotzdem sage ich in aller Klarheit:

Ich habe kein Verständnis dafür, wenn irgendjemand im Wirtschaftsleben Produkte anbietet, die er selbst nicht versteht. Und dass dies ausgerechnet bei Finanzprodukten passiert ist, ist umso unverständlicher.

Wir, die so genannte Realwirtschaft, haben uns ein paar Jahre Vorträge von Bankern über Risikomanagement anhören müssen, die man besser bei den Banken selbst hätte beachten sollen.

Aber es geht auch um die Rolle des Staates. Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen starken, handlungsfähigen Staat.

Nicht einen überfetteten Staat, der alles Mögliche macht, aber bei Kernaufgaben, zum Beispiel der Regulierung von Finanzmärkten, völlig versagt.

Wenn ich bedenke, wie viele Rechtsvorschriften ein gewerblicher Betrieb einhalten muss – von den Sicherheitsvorschriften eines Bürostuhles über unzählige Vorschriften des Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Gewerbeschutzes bis hin zu ungezählten Produktvorschriften, so frage ich mich schon, warum der Staat ausgerechnet bei Finanzprodukten zum Teil auf notwendige Regulierung verzichtet hat.

Und ich frage mich natürlich, ob und wie der Staat national und international diese Regelungsdefizite beseitigt.

Gewiss: Manche Managementgehälter, Bonuszahlungen und die in Einzelfällen auch durch Unternehmen der Realwirtschaft vorgekommene Zockerei belegen das Fehlverhalten Einzelner.

Aber das Kernproblem liegt ganz woanders:

In einer im besten Sinne des Wortes ordoliberalen Wirtschaftsordnung muss der Staat für eine Ordnung sorgen, weil sich sonst die Freiheit des Marktes nicht verantwortlich entfalten kann. Deshalb müssen wir die Debatte über eine Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft offensiv führen. Und deshalb muss der Staat sich auf seine Kernaufgaben besinnen und dort handlungsfähig und stark sein, wo er gebraucht wird.

Einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten derzeit die Tarifpartner. Die Tarifabschlüsse dieses Jahres sind angemessen, beschäftigungsorientiert, differenziert und flexibel.

Es ist enorm wichtig, dass wir in der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation heute mit den Gewerkschaften weitgehend übereinstimmen – anders als vor 13 Monaten, als noch Lohnforderungen von 8 Prozent im Raum standen. Auch die Gewerkschaften wissen, dass wir keineswegs die Krise bereits bewältigt haben und dass viele Betriebe weit weg von einer normalen Auslastung ihrer Kapazitäten sind.

In vielen Unternehmen haben wir sehr vernünftige betriebliche Vereinbarungen getroffen, um trotz Umsatzeinbrüchen Beschäftigung so weit wie möglich zu sichern und bedrohten Unternehmen zu helfen.

Gerade jetzt in der Krise bewähren sich die tariflichen Öffnungsklauseln und betrieblichen Differenzierungsmöglichkeiten, die wir als Tarifvertragsparteien in den letzten Jahren vereinbart haben.

Arbeitszeitkonten und betriebliche Abweichungsmöglichkeiten waren und sind wichtige Elemente.

Ich will ausdrücklich würdigen, dass sich die Gewerkschaften insgesamt verantwortungsvoll verhalten.

Wir haben noch vor wenigen Jahren über die Frage gestritten, ob und wie man betriebliche Bündnisse für Arbeit absichern soll. Wir sind für eine gesetzliche Regelung eingetreten, weil es vor einigen Jahren Beispiele gab, in denen die Gewerkschaften solche betrieblichen Bündnisse blockierten, obwohl die Arbeitnehmer und Betriebsräte in den Betrieben ein solches Bündnis mit dem Arbeitgeber vereinbart hatten.

Ich stelle fest, dass es in den letzten vier Jahren keinen solchen Fall mehr gegeben hat. Wir haben mit den Gewerkschaften eine neue Form der Tarifkultur geschaffen, mit der vernünftige betriebliche Regelungen gefunden werden. Wir können deshalb heute sagen, dass wir dazu keine gesetzliche Regelung brauchen.

Herr Sommer, vielleicht ist das ein gutes Beispiel dafür, dass wir als Tarifpartner gemeinsam viel mehr erreichen können, als wir uns in der Vergangenheit gelegentlich zugetraut haben.

Das sage ich allerdings nicht nur an die Adresse der Gewerkschaften, sondern auch an alle Verantwortlichen in der Wirtschaft:

Die Tarifbindung hat sich in den letzten drei Jahren zwar stabilisiert, sie ist nicht weiter zurückgegangen. Mein Ziel ist es aber, dass die Tarifbindung in unserem Lande wieder wächst!

Wir haben gerade gestern zwei neue Branchen in die BDA aus dem Dienstleistungsbereich aufgenommen, und ich wünsche mir gerade im Dienstleistungsbereich eine höhere Tarifbindung.

Das wird uns nur gelingen, wenn wir die Modernisierung unserer Tarifpolitik fortsetzen.

Unsere Tarifverträge haben sich in den letzten Jahren bereits erheblich gewandelt, sind vor allem flexibler geworden und eröffnen viel mehr betriebliche Gestaltungsspielräume, als wir das vor zehn oder zwanzig Jahren für möglich gehalten haben.

Und diese moderne Tarif- und Betriebspartnerschaft ist ein Standortvorteil für Deutschland, den ich stets verteidigen werde.

Ich habe mich gegen Gegner der Tarifautonomie in den eigenen Reihen gewehrt, als vor einigen Jahren führende Vertreter der deutschen Industrie meinten, wir könnten darauf verzichten.

Und ich wehre mich genauso gegen staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie, wie wir sie in der letzten Legislaturperiode der großen Koalition erlebt haben. Es darf sich in Deutschland nicht wiederholen, dass mit einer staatlichen Rechtsverordnung Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden, wie dies beim Post-Mindestlohn versucht worden ist.

Und ich wehre mich genauso entschieden gegen zwei gefährliche Tendenzen, die zu einer Erosion der Tarifautonomie führen können:

Ich bin kein Jurist, sondern Ingenieur, und ich muss und kann nicht alles verstehen, was das Bundesarbeitsgericht entscheidet. Ich habe mich in den letzten Jahren deshalb mit Kritik an der Rechtsprechung zurückgehalten und habe das den Juristen überlassen.

Aber mittlerweile nehmen die Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes zum Streikrecht eine Richtung, die ich für höchst gefährlich halte und zu der ich nicht schweigen will.

1. Das Bundesarbeitsgericht beschädigt eines der fundamentalen Prinzipien der Tarifautonomie, nämlich die Friedenspflicht. Wer Unterstützungstreiks gegen einen Arbeitgeber zulässt, der an einen laufenden, noch geltenden Tarifvertrag gebunden ist, der leistet Anstiftung dazu, diese Tarifbindung aufzugeben.

Das Bundesarbeitsgericht sollte wissen, dass ein Arbeitgeber nur dann eine Tarifbindung auf Dauer akzeptieren wird, wenn

er sich darauf verlassen kann, dass während der Geltung seines Tarifvertrages nicht gestreikt wird, auch nicht unterstützend für Arbeitskämpfe in einem ganz anderen Tarifgebiet.

2. Das Bundesarbeitsgericht hat gerade kürzlich eine weitere Säule unseres Tarifrechtes beschädigt, indem Flashmob-Aktionen für zulässig erklärt werden. Betriebsblockaden sind im Tarifrecht verboten, und sie müssen auch in der verkaptten Form von Flashmob-Aktionen verboten bleiben! Wenn ein Supermarkt faktisch lahm gelegt wird, weil ein paar dutzend Personen in dem Laden den Kassensbereich blockieren und durch Sabotage und andere Attacken erreichen, dass über Stunden in dem Laden nichts mehr geht, dann ist das eine faktische Betriebsblockade.

Der Ratschlag des Gerichts, der Arbeitgeber müsse in einem solchen Fall eben von seinem Hausrecht Gebrauch machen, ist vollkommen lebensfremd. Wie soll der Einzelhändler erkennen können, wer beim Betreten seines Ladens Kunde und wer Flash-Mobber ist? Vielleicht sollten die Richter zunächst einmal eine Woche in einem Supermarkt arbeiten, bevor sie eine solche Entscheidung treffen!

Und

3. besorgt mich nach wie vor die Gefährdung der Tarifautonomie durch Spartengewerkschaften, die ihr besonderes Erpressungspotenzial zur Durchsetzung egoistischer Interessen missbrauchen.

Der Grundsatz der Tarifeinheit ist unverzichtbare Voraussetzung für Tarifautonomie. Ein Arbeitgeber, der mit einer Gewerkschaft für alle Arbeitnehmer seines Betriebes einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, muss auch gegenüber Minderheitengewerkschaften während der Friedenspflicht dieses Tarifvertrages geschützt sein.

Vor einigen Wochen sind Vorfeldlotsen am Flughafen Stuttgart in einen Arbeitskampf getreten. Vorfeldlotsen sind sozusagen die Parkplatzzeiger für Flugzeuge. Sie wollten einen eigenen Spartarifvertrag, obwohl der Flughafen mit ver.di einen Tarifvertrag für alle Beschäftigten hat. Nach einiger Zeit erhielten die Parkplatzzeiger bei ihrem Streik Unterstützung von den

Fluglotsen, obwohl auch für diese ein verbindlicher Tarifvertrag bestand. Die Folge war die Blockade des Flughafens durch einen kombinierten Sparten- und Unterstützungsstreik – trotz bestehender Tarifverträge.

Wenn wir dergleichen zulassen und wenn dergleichen weitere Nachahmer findet, riskieren wir englische Verhältnisse der 70er Jahre!

Deshalb appelliere ich an Regierung und Gesetzgeber, den Grundsatz „ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ im Tarifvertragsgesetz festzuschreiben. Wir dürfen die Tarifautonomie nicht zum Spielball von Spezialinteressen kleiner Minderheiten machen!

Wir alle wissen, dass es Jahre dauern wird, bis wir nach der Krise wieder auf dem Niveau des Jahres 2008 ankommen werden.

Es ist richtig, dass die Bundeskanzlerin das Ziel vorgibt, Deutschland aus der Krise zu neuer Stärke zu führen und stärker zu werden als vor der Krise. Diese ehrgeizige Perspektive teile ich ausdrücklich auch aus Sicht der Unternehmen.

Wir wollen stärker und wettbewerbsfähiger aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind.

Aber ich glaube nicht daran, dass es jemals wieder so sein wird wie vor der Krise – weder ökonomisch noch gesellschaftlich.

- Wir werden nach der Krise mehr Schulden haben als je zuvor.
- Wir sehen uns neuen Wettbewerbern gegenüber, die stärker wachsen und wettbewerbsfähiger werden, z. B. China und Indien.
- Wir Deutschen werden weniger und älter.
- Und unsere Sozialsysteme sind in ihrer bisherigen Form nicht zukunftsfähig.

Gerade deshalb begrüße ich wichtige langfristige Weichenstellungen der Koalitionsvereinbarung.

Ich messe die Koalition weniger daran, ob weitere steuerliche Entlastungen ein Jahr früher oder später kommen und wann eine grundlegende Steuerreform in Kraft tritt, die sicher notwendig ist.

- Wir werden die Bundesregierung daran messen, ob sie ihre mutigen und ehrgeizigen Ziele zu strukturellen Veränderungen unserer Sozialsysteme umsetzt.
- Wir werden die Regierung daran messen, ob sie im Laufe dieser Legislaturperiode nach der Krise konsequent zu einem Kurs der Konsolidierung zurückkehrt.
- Wir werden die Regierung daran messen, ob in den vier Jahren neue Belastungen von Wirtschaft und Arbeit unterbleiben.
- Wir werden die Regierung daran messen, ob in diesen vier Jahren die Zukunftsinvestitionen, vor allem für Bildung und Innovation, gestärkt werden.

Das sind die Themen, von denen abhängt, ob Deutschland tatsächlich stärker wird.

Der demografische Wandel kommt nicht irgendwann, sondern er ist da.

Völlig zu Recht hat deshalb die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung eine der großen zentralen Herausforderungen für die nächsten Jahre hervorgehoben, nämlich die Sozialsysteme auf diese Entwicklung einzustellen und zukunftsfähig zu machen.

Wenn wir nicht jetzt handeln, werden die Sozialabgaben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten explodieren und die Sozialsysteme kaputt gehen. Wir wollen das nicht. Wir wollen funktionierende, finanzierbare und leistungsfähige Sozialsysteme.

Generationengerechtigkeit, Verlässlichkeit und nachhaltige Stabilität sind die Bedingungen für ein solidarisches System.

Ich habe immer Forderungen nach mehr Netto vom Brutto unterstützt. Ich finde es unerträglich, dass vielfach noch nicht einmal die Hälfte von dem, was wir als Arbeitgeber als Bruttoarbeitskosten zahlen, netto in den Taschen unserer Beschäftigten ankommt. Und das betrifft bei weitem nicht nur Spitzenverdiener, sondern gilt teilweise schon bei Durchschnittsverdienern und bei tariflichen Löhnen für Facharbeiter.

Die OECD rechnet uns Jahr für Jahr vor: Kaum ein anderes Land belastet Löhne und Gehälter so sehr mit Steuern und Abgaben wie Deutschland. Und das muss sich ändern.

Das kann über die Senkung der Steuern geschehen. Ich bin dafür, sobald die Spielräume dafür da sind.

Aber ich sage auch: Noch dringender ist es, dass die Sozialbeiträge sinken und nicht etwa noch weiter steigen. Die Koalitionsparteien wollen mehr Netto vom Brutto. Ich habe bei allen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen, dass es die Sozialbeiträge sind, die mit rund zwei Dritteln für den größten Teil des Abgabenkeils zwischen Arbeitskosten und Nettolöhnen verantwortlich sind.

Es ist deshalb richtig, dass die Koalition die Sozialbeiträge fest im Blick hat und mit neuen Steuerzuschüssen dafür sorgen will, dass die Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung jetzt in der Krise nicht steigen. Ich betone ausdrücklich: Das ist richtig und hat meine Unterstützung.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung nicht beliebig immer weiter durch noch höhere Steuerzuschüsse lösen können. Sie können nicht die notwendigen Strukturreformen ersetzen, die wir in allen Bereichen der Sozialversicherung angehen müssen:

Wir müssen vor allem dafür sorgen, das Ausgabenwachstum in den Griff zu bekommen. Die goldene Regel aus dem Koalitionsvertrag, dass die Ausgaben nicht stärker steigen dürfen als unsere Wirtschaftsleistung, muss gerade auch für die Sozialausgaben gelten.

Die Weichenstellungen des Koalitionsvertrages in der Sozialpolitik sind richtig:

1. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, den Wettbewerb im Gesundheits- und Pflegebereich auszuweiten. Nur so kommen wir zu einem Gesundheitswesen, in dem die Beitragsmittel optimal eingesetzt werden.
2. Nach der Riester-Rente brauchen wir weitere Schritte zur kapitalgedeckten Eigenvorsorge. Die geplante Ergänzung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung um eine kapitalgedeckte Säule ist ein wichtiger Schritt. CDU/CSU und FDP korrigieren damit einen grundlegenden Fehler, den sie 1995 bei der Einführung der Pflegeversicherung gemacht haben.
3. Wir kommen um verstärkte Eigenbeteiligungen nicht herum, wenn Hochleistungsmedizin und Pflegeleistungen auch künftig für alle bezahlbar bleiben sollen.

4. Die von der Koalition geplante Entkoppelung der wachsenden Kosten des Gesundheitswesens vom Arbeitsverhältnis ist absolut richtig, notwendig und sozial gerecht. Der einkommensunabhängige Beitrag ist nicht nur ein Schritt zur beschäftigungsfreundlicheren Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, sondern er ermöglicht vor allem auch einen sehr viel zielgenaueren sozialen Ausgleich, als das heute der Fall ist.

5. Die Rente mit 67 muss konsequent umgesetzt werden. Schon die bisherigen Ausnahmeregelungen sind fragwürdig.

Die ständigen Manipulationen der Rentenformel zulasten der Zukunft müssen aufhören.

Und der gesellschaftliche Wandel, insbesondere die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen, muss endlich durch eine Reform der Hinterbliebenenversorgung berücksichtigt werden.

6. In der Arbeitslosenversicherung liegen nach wie vor Effizienzreserven. Die Zahl der Arbeitsmarktinstrumente lässt sich problemlos mindestens halbieren, ohne dass damit die Chancen der Arbeitslosen vermindert würden – im Gegenteil!

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind auch die entscheidenden Stichworte für die Haushaltspolitik der kommenden Jahre.

Die krisenbedingte Ausweitung der Staatsverschuldung war unvermeidbar. Aber der Sachverständigenrat mahnt zu Recht eine Exit-Strategie an, und der Bundesfinanzminister hat genau dies für den Zeitraum ab 2011 angekündigt. Und Wolfgang Schäuble traue ich zu, dass er das nicht nur sagt, sondern auch durchsetzt! Zur Konsolidierung des Haushaltes werden wir alle unseren Beitrag leisten müssen.

Ich bin überzeugt, dass nach wie vor das Thema Subventionsabbau auf die Tagesordnung gehört. Das wird auch uns betreffen. Und wenn der gezielte Abbau von Subventionen nicht vorankommt, bin ich für die Rasenmäher-Methode.

Die Bundesregierung sagt zu Recht, dass für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung eine Doppelstrategie aus Wachstum und Ausgabensenkung erforderlich ist.

Die große Koalition hatte vor der Krise diese Doppelstrategie nicht. Sie setzte auf Steuererhöhungen und profitierte vom Wachstum, nicht von Ausgabensenkungen. Es hat zwar ein paar Einsparungen gegeben, die aber durch Mehrausgaben, vor allem in der Sozialpolitik, weit überboten wurden.

Der „Mehrfachspagat“, vor dem die Politik steht, ist wahrlich eine schwierige Übung. Wir brauchen Steuer- und Beitragssenkungen, wir brauchen Wachstumsförderung durch Investitionen und Innovationen, und wir brauchen Schuldenabbau.

Das gelingt nur bei gleichzeitigen Einsparungen im konsumtiven Bereich.

Nachhaltigkeit ist das Gebot einer zukunftsfähigen Haushalts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Bekanntlich hat jede Krise auch Chancen. Das gilt für die Finanzmarktkrise, für die Wirtschaftskrise und die Krise unserer Sozialsysteme.

In den letzten Jahren ist viel über gesellschaftliche Spaltung gesprochen worden. Ich habe das Gefühl, unser Land, unsere Gesellschaft kann unter den großen Anforderungen, die wir jetzt alle spüren, enger zusammenrücken.

Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, wir alle stellen uns in der Krise der Verantwortung – und wir scheinen es besser zu machen, als das zurzeit in anderen Ländern geschieht.

Das sollten wir nutzen.

Für einen neuen Aufbruch, mit Mut und Zuversicht und mit der Entschlossenheit, unser Land zu stärken.

Wir, die Arbeitgeber, sind bereit, unseren Beitrag zu leisten. Wir haben bewiesen, dass wir alles tun, um Beschäftigung zu sichern und gemeinsam die Krise zu bewältigen.

Wir sollten auch gemeinsam die Kraft haben, über die Krise hinaus die Weichen für Wachstum und Beschäftigung zu stellen –

- für eine Erneuerung unserer Sozialsysteme,
- für die Sanierung der Staatsfinanzen
- und für eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialordnung.